

**FREIHEIT
GLEICHHEIT
VERTRAUEN**

THOMAS HARTMANN-CWIERTNIA,
JOCHEN DAHM, FRANK DECKER (HG.)

FREIHEIT GLEICHHEIT VERTRAUEN

WAS UNSERE
DEMOKRATIE JETZT
BRAUCHT



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0698-7

Copyright © 2025 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Tel. 0228/18 48 770 / info@dietz-verlag.de

Der Verlag behält sich das Text- und Data-Mining nach § 44b UrhG vor,
was hiermit Dritten ohne Zustimmung des Verlages untersagt ist.

Umschlag: Hermann Brandner, Köln
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: Bookpress, Olsztyn

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Poland 2025

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

INHALT

Freiheit. Gleichheit. Vertrauen.

Was unsere Demokratie jetzt braucht – Ein Vorwort

Von Thomas Hartmann-Cwiertnia & Jochen Dahm

7

FREIHEIT

Freiheit im Wandel

Von Wolfgang Thierse

16

Freiheit und Mitbestimmung

Von Lisa Herzog

31

GLEICHHEIT

Auf dem Abstellgleis? Zum Zusammenhang zwischen

Ungleichheitswahrnehmungen und politischer Beteiligung

Von Marius R. Busemeyer, Felix Jäger & Sharon Baute

44

Sozialstaat und Demokratie

Von Sandra Fischer

58

VERTRAUEN

Braucht Demokratie Vertrauen? Und wenn ja: Welcher Art?

Von Jan-Werner Müller

78

Vertrauen in die Demokratie und neue Formen der Beteiligung

Von Claudine Nierth

88

WAHLEN

Wahlen in Deutschland

Von Lukas Rietzschel

102

Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung

Von Linus Westheuser & Thomas Lux

109

Demokratie im KI-Zeitalter: Zwischen Inklusion und Manipulation
Von Katja Muñoz & Emma Laumann 121

HERAUSFORDERUNGEN

Defekte Debatten: Warum wir als Gesellschaft besser streiten müssen
Von Julia Reuschenbach & Korbinian Frenzel 138

Warum Politik so oft versagt:
Die fünf Fallen der modernen Welt und wie man ihnen entgeht
Von Ben Ansell 151

Kulturkampfkunst:
Warum man nicht über jedes Stöckchen springen sollte
Von Natascha Strobl 166

ERNEUERUNGEN

Demokratische Innovationen in Deutschland:
Kombinationen von Bürgerräten und Bürgerentscheiden
Von Felix Hoffmann & Brigitte Geißel 184

Von der Interessenvielfalt zum Grundkonsens.
Multi-Stakeholder-Beteiligung als Chance für die kommunale Demokratie
Von Gesine Schwan, Laura Gerards Iglesias & Tara Ella Grimm 199

WEHRHAFTIGKEIT

Verwundbare Demokratie und wehrhafte Zivilgesellschaft
Von Friedrich Zillesen 216

Vorbeugung, Wappnung, Repression.
Was tun gegen den erstarkenden autoritären Populismus?
Von Frank Decker 232

Autorinnen und Autoren 248

FREIHEIT. GLEICHHEIT. VERTRAUEN. WAS UNSERE DEMOKRATIE JETZT BRAUCHT – EIN VORWORT

Von THOMAS HARTMANN-CWIERTNIA & JOCHEN DAHM

Wer die Sprache hat,
Wirklichkeit präzise zu beschreiben und zu deuten,
kann sie auch verändern
(Erhard Eppler)

Wir sind als Friedrich-Ebert-Stiftung überzeugt, dass nur in einer Sozialen Demokratie Gerechtigkeit verwirklicht wird und Menschen gleichberechtigt, frei und solidarisch leben können. Mit langem Atem arbeiten wir deshalb weltweit mit unseren Partnerinnen und Partnern für die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und eine gerechte Wirtschaftsordnung. Wir verteidigen sie gegen rechtsextreme und autoritäre Kräfte. Unsere Stärke ist das Zusammenwirken: Wir bilden und fördern Menschen, ermöglichen Beteiligung, schaffen Dialog- und Erfahrungsräume, knüpfen Netzwerke, halten Geschichte lebendig und geben Zukunftsimpulse.

In diesem Band haben wir uns zusammen mit Frank Decker von der Universität Bonn eine grundlegende Frage gestellt. Unsere Welt wandelt sich immer schneller. Sie ist von radikalen politischen Umbrüchen gezeichnet. Was bedeutet das für unsere Demokratie?

Unter der Überschrift »Freiheit. Gleichheit. Vertrauen. Was unsere Demokratie jetzt braucht« geht es um Grundsätzliches und Dringliches:

Wieso beginnt Freiheit mit der Demokratie? Wo endet sie? Weshalb ist das Gleichheitsversprechen für die Demokratie besonders wich-

tig? Warum lebt unsere Demokratie von Vertrauen, und wie können wir es stärken?

Aus unterschiedlichen Blickwinkeln haben wir uns in diesem Sammelband mit namhaften Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik auf die Suche nach Antworten begeben.

Freiheit war für Willy Brandt der zentrale Grundwert der Demokratie. Wie steht es heute um Freiheit in unserer Gesellschaft? Welche Bedeutung kommt ihr zu, um welche konkreten Freiheiten geht es aktuell? Bundestagspräsident a. D. **Wolfgang Thierse** geht gleich zu Beginn des Bandes diesen Fragen nach. Dabei reflektiert er seine Erfahrungen in der Diktatur der DDR und in der vereinigten deutschen Demokratie seit 1990 mit besonderem Blick auf die zurückliegenden Wahlen in Ostdeutschland.

Die Philosophin **Lisa Herzog** unterscheidet in ihrem Beitrag zwischen *negativer Freiheit* als der Abwesenheit von Staatseingriffen, *positiver Freiheit* als der Freiheit, Dinge tun zu können, und *republikanischer Freiheit* im Sinne der bürgerschaftlichen Freiheit, dem Mitgestalten. Wenn wir Freiheit als gelebte Wirklichkeit verstehen wollen, wäre es nach ihrer Sicht falsch, diese unterschiedlichen Dimensionen auf einen einzigen Begriff zu reduzieren. Sie argumentiert vielmehr, dass wir diese Freiheitsbegriffe auch auf das Wirtschaftssystem anwenden müssen. Dies gelte vor allem, wenn wir uns fragen, was eine wirklich freie Gesellschaft ausmacht. Eine so verstandene Freiheit würde zudem keinen Gegensatz zu Gerechtigkeit bilden, sondern im Gegenteil – es ginge um die Verteilung von Freiheiten.

Was macht Ungleichheit mit der Demokratie? Diesem Zusammenhang spüren **Marius R. Busemeyer**, **Felix Jäger** und **Sharon Baute** in ihrem Beitrag auf Grundlage empirischer Daten nach. Das Ungleichheitsbarometer der Universität Konstanz zeigt, dass viele Menschen ihre Einflussmöglichkeiten auf die Politik und auch die Responsivität der Politik gegenüber ihren Bedürfnissen als gering einschätzen: sie sehen sich damit quasi auf dem politischen Abstellgleis. Die drei analysieren nicht nur die Zusammenhänge sondern benennen auch

Handlungsempfehlungen mit den die politische Partizipation wieder gestärkt werden können.

Die Bonner Politikwissenschaftlerin **Sandra Fischer** geht in ihrem Beitrag der Frage nach, welche Zusammenhänge zwischen Vertrauen und Sozialstaatlichkeit bestehen. Sie führt zunächst in unterschiedliche wissenschaftliche Vertrauensbegriffe ein und fragt nach den Auswirkungen, die der Sozialstaat auf das Vertrauen der Menschen hat. Mit Blick auf das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft, plädiert sie nicht nur für mehr Verteilungsgerechtigkeit, sondern auch dafür, vor allem die Kommune und den Lebensalltag der Bürger_innen stärker zu berücksichtigen. Familienzentren wie in Nordrhein-Westfalen könnten als Orte der Begegnung einen Beitrag leisten, wieder mehr Vertrauen in Mitmenschen und Politik herzustellen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befördern.

Der international renommierte Politikwissenschaftler **Jan-Werner Müller** aus Princeton argumentiert, dass Demokratie auf ein fundamentales *Grundvertrauen* zwischen Bürgerinnen und Bürgern nicht verzichten kann. Dieses horizontale Grundvertrauen meint die geteilte Überzeugung, das Gemeinwesen als Projekt von Freien und Gleichen weiterführen zu wollen. Wer durch Wahlentscheidungen autoritäre Entwicklungen unterstützt, trägt Verantwortung für den Bruch dieses Vertrauens und muss aktiv zu dessen Wiederherstellung beitragen. Müller plädiert daher für eine normative Verschiebung der Beweislast: Wähler_innen populistischer Parteien müssen zeigen, dass sie die Demokratie nicht aufkündigen wollen.

Angesichts einer weiterhin stabilen Zustimmung zur Demokratie als System und gleichzeitigen Misstrauens der Menschen in die Art, wie die Demokratie funktioniert, fragt die Bundesvorstandsprecherin von Mehr Demokratie e. V., **Claudine Nierth**, in ihrem Beitrag danach, was das Vertrauen in die Demokratie stärkt. Mit Beispielen aus der Praxis zeigt sie auf, dass da, wo die Menschen persönliche demokratische Erfahrungen machen und Selbstwirksamkeit erleben, die Werte der Demokratie tiefer verankert und weniger bedroht zu sein scheinen.

Der Schriftsteller **Lukas Rietzschel** kritisiert die Annahme, rechts-populistisches Wählerverhalten lasse sich vor allem sozioökonomisch erklären, und argumentiert stattdessen für eine demokratiepolitische Perspektive. Er sieht in der geringen Repräsentation und sinkenden Responsivität politischer Institutionen die eigentliche Ursache wachsender Entfremdung, insbesondere in Ostdeutschland. Um dieser Entwicklung zu begegnen, schlägt er tiefgreifende Reformen vor – darunter eine losbasierte Besetzung kommunaler Parlamente zur Stärkung demokratischer Selbstwirksamkeit der Bürger_innen. Demokratie, so sein Fazit, könne auf Dauer nicht allein durch Wahlen verteidigt, sondern müsse strukturell erneuert werden.

Darüber hinaus lässt sich in den jüngsten Wahlen eine Legitimationskrise des Parteiensystems beobachten, die ihr soziales Epizentrum in der Arbeiterklasse hat. Noch deutlicher als im Rest der Gesellschaft erodiert hier der Rückhalt der etablierten Parteien, inklusive der Parteien links der Mitte. Die beiden Berliner Soziologen **Linus Westheuer** und **Thomas Lux** loten in ihrem Beitrag aus, inwiefern Klassenbewusstsein heute mit spezifischen Wahlpräferenzen einhergeht. Insbesondere der Befund, dass ein starkes Klassenbewusstsein linke Parteien stärkt, während Menschen mit einem »Unten-Bewusstsein« oft zu Rechtspopulismus tendieren, verstehen sie als Auftrag an sozialdemokratische Akteure. Sie sollten das vorhandene Bewusstsein über gesellschaftliche Ungleichheit und widerstreitende Interessen stärker aufgreifen, schärfen und zum Kompass ihrer Politik machen.

Katja Muñoz und **Emma Laumann** von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) haben den Einfluss von Künstlicher Intelligenz auf die Wahlen im Jahr 2024 in sechs Demokratien analysiert und zeigen, dass KI die Dynamiken und Möglichkeiten im digitalen Raum grundlegend verändert. Der Einsatz von KI kann als Treiber für demokratische Innovation die politische Teilhabe revolutionieren, aber auch die demokratische Willensbildung durch systematische Manipulation bedrohen. Die beiden Expertinnen liefern Handlungsempfehlungen, wie durch das koordinierte Engagement

aller zentralen Akteure KI ihr Potenzial für eine lebendige Demokratie entfalten kann, während gleichzeitig ihre Risiken effektiv begrenzt werden.

Um den wachsenden Herausforderungen wie dem Aufstieg populistischer und demokratiefeindlicher Kräfte zu begegnen, setzen sich die Berliner Politikwissenschaftlerin **Julia Reuschenbach** und der Journalist **Korbinian Frenzel** in ihrem Beitrag für eine neue Streitkultur ein, die Kompromisse als demokratische Leistung versteht und die Verlässlichkeit politischer Prozesse in den Vordergrund rückt. Medien, Politik und Gesellschaft insgesamt müssten ihren Beitrag dazu leisten, *defekte Debatten* zu reparieren, durch gegenseitigen Perspektivwechsel und mehr Raum für Zweifel. Die beiden Autor_innen skizzieren in fünf Thesen konkrete Wege, wie wir gesellschaftliche Konflikte besser miteinander aushandeln können.

In seinem Beitrag analysiert **Ben Ansell** von der Universität Oxford die tiefen strukturellen Probleme moderner Demokratien: Individuelle Eigeninteressen untergraben kollektive Entscheidungen. Er identifiziert dabei fünf grundlegende *Fallen*: die Illusion eines Volkswillens; den Widerspruch zwischen Gleichheit der Rechte und Gleichheit der Ergebnisse; die Krise der Solidarität; das Dilemma zwischen Anarchie und Kontrolle sowie die Schwierigkeit, für langfristigen Wohlstand zu sorgen. Seine zentrale These: Politik kann nicht durch Technologie oder Märkte ersetzt werden, sondern braucht funktionierende Institutionen und soziale Normen, die kooperatives Verhalten ermöglichen. Trotz aller Schwächen bleibt für Ansell die Politik der zentrale Rahmen, in dem gesellschaftliche Konflikte ausgehandelt werden müssen.

Natascha Strobl, österreichische Expertin für Rechtsextremismus und die Neue Rechte, analysiert in ihrem Beitrag aktuelle autoritäre Tendenzen als Folge tiefgreifender sozioökonomischer Krisen. Sie beschreibt den Übergang von einer finanzkapitalistischen zu einer technologisch geprägten Hegemonie. Diese Entwicklungen führten zu einer demokratischen Repräsentationskrise, einem Vertrauensverlust in politische Institutionen und zur Erosion des sozialstaatlichen

Wohlstandsversprechens. Strobl argumentiert, dass sogenannte *Kulturkämpfe* als emotionalisierte Debatten über scheinbar gesellschaftlich relevante Themen ein Ventil für gesellschaftliche Unsicherheit und Ohnmachtsgefühle darstellen. Einen wesentlichen Schlüssel zur Bewältigung dieser Kulturkämpfe sieht sie in der aktiven Verweigerung, an diesen mitzuwirken.

Doch wie können wir die Demokratie zukunftsfest machen? Demokratische Innovationen ergänzen auf allen politischen Ebenen zunehmend das repräsentative System. Diese Entwicklungen gehen mit dem Wunsch der Bevölkerung nach mehr Beteiligung über Wahlen hinaus einher. Vor allem direktdemokratische Instrumente wie Bürgerentscheide erfahren hohe Zustimmung, insbesondere in Kombination mit dialogischen Verfahren wie zum Beispiel Bürgerräten. Internationale Beispiele haben hier große Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Bislang gibt es dazu aber nur wenig Forschung. Die beiden Frankfurter Politikwissenschaftler_innen **Brigitte Geißel** und **Felix Hoffmann** verfolgen in ihrem Beitrag daher das Ziel, diese Kombinationen näher zu beleuchten, um Lehren für die demokratische Erneuerung auch hierzulande ziehen zu können.

Auch die drei Politikwissenschaftlerinnen **Gesine Schwan**, **Laura Gerards Iglesias** und **Tara Ella Grimm** beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit der Frage, wie wir die Demokratie weiterentwickeln können. Sie betrachten dabei die Kommunen als »Keimzellen« der Demokratie als die zentrale Arena. Auf Basis ihrer Erfahrungen mit Kommunalen Entwicklungsbeiräten plädieren die Autorinnen für den Ansatz einer Multi-Stakeholder-Beteiligung: In diesen dialogorientierten Formaten bringen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und organisierte Zivilgesellschaft ihre Interessen zusammen, um gemeinsam konsensorientierte Lösungen für konkrete gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln. Die Teilnahme an solchen Gremien könne dazu beitragen, das Vertrauen in eine lebendige, pluralistische Demokratie zu stärken.

Angesicht eines Erstarkens autoritärer Kräfte brauchen wir neben demokratischen Innovationen auch eine wehrhafte Demokratie, um

den Rechtsstaat vor den Feinden der Demokratie zu schützen. Denn Recht und Institutionen können eine freiheitliche Gesellschaftsordnung nur insoweit bewahren, wie diese selbst auf ihre Gefährdungen vorbereitet ist. Der Jurist **Friedrich Zillesen** vom Verfassungsblog leistet einen Beitrag dazu, autoritär-populistische Strategien zu erkennen und ihnen so entschieden entgegentreten zu können. Aus seiner Szenarienanalyse über die Möglichkeiten des autoritären Populismus lassen sich Handlungsspielräume ableiten, die die Resilienz unserer Demokratie stärken.

Auch der Bonner Politikwissenschaftler und Mitherausgeber dieses Bandes **Frank Decker** fragt im abschließenden Beitrag danach, was gegen den erstarkenden autoritären Populismus zu tun ist. Er analysiert dessen Ursachen und Erscheinungsformen in Deutschland als Ausdruck einer zunehmenden politischen Radikalisierung. Als Gegenstrategie liefert er konkrete Empfehlungen zur gesellschaftlichen Vorbeugung, institutionellen Wappnung und für repressive Maßnahmen zur Verteidigung der Demokratie. Entscheidend für die Resilienz demokratischer Systeme sei letztlich aber eine gefestigte politische Kultur, die autoritären Tendenzen langfristig die gesellschaftliche Basis entziehen.

Wir danken allen hier versammelten Autorinnen und Autoren sowie den Mitwirkenden in der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Universität Bonn. Unser besonderer Dank gilt zudem den stets über das Mögliche hinaus engagierten Mitarbeitenden im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. und Tobias Kronenberg für das gründliche Lektorat. Wir hoffen mit diesem Band, die Debatte darüber, was unsere Demokratie jetzt braucht und wie wir sie weiterentwickeln können, zu bereichern und Antworten auf die zu Beginn gestellten Fragen liefern zu können.